

Exekutivfederalismus in der Schweiz?: Einbezug der Parlamente bei interkantonalen Vereinbarungen

Von Michael Strebel

ePub | *DOC | audiobook | ebooks | Download PDF



DOWNLOAD 

 READ ONLINE

Produktinformation -Verkaufsrang: #3221065 in BcherVerffentlicht am: 2014-07-15Abmessungen: 8.90 x 1.89b x 6.18l, Einband: Taschenbuch638 Seiten | File size: 21.Mb

Von Michael Strebel : Exekutivfederalismus in der Schweiz?: Einbezug der Parlamente bei interkantonalen Vereinbarungen before purchasing it in order to gage whether or not it would be worth my time, and all praised Exekutivfederalismus in der Schweiz?: Einbezug der Parlamente bei interkantonalen Vereinbarungen:

KundenrezensionenHilfreichste Kundenrezensionen0 von 0 Kunden fanden die folgende Rezension hilfreich. Hoch spannend - auch fr nicht PolitikwissenschaftlerVon Claudia ZauggIn der Schweizer Presse vergeht wohl kaum eine

Woche, in der nicht in einem Artikel auf die eine oder andere interkantonale Vereinbarung (auch Konkordate genannt) direkt oder indirekt Bezug genommen wird. Daher ist dieses Buch nicht nur für Politikwissenschaftler sondern auch für alle, die sich für Schweizer Politik interessieren, höchst interessant. Die Stärke des Buches ist, dass es den Fokus nicht nur auf die Theorie sondern auf die politische Praxis und die Meinungen (Umfrage) der Parlamentarier legt. Dies wird auch durch das 44-Seiten starke Literaturverzeichnis deutlich, dass neben Gesetzen auch zahlreiche andere amtliche Dokumente, Zeitungs- und Zeitschriftenartikel usw. aufführt. So werden insbesondere im Kapitel 7 verschiedene prominente Vereinbarungen analysiert. Ein Kapitel, das sich gerade aufgrund seiner Aktualität flüssig liest und der beschriebenen zeitlichen Entwicklung dieser Vereinbarungen hoch spannend ist. Die zahlreichen Grafiken im Buch visualisieren viele der beschriebenen Prozesse anschaulich. Im ersten Kapitel wird die theoretische und praktische Bedeutung interkantonalen Vereinbarungen dargelegt und bereits auf aktuelle und brisante Vereinbarungen wie die zur hochspezialisierten Medizin oder das Hooligan-Konkordat Bezug genommen. Im Kapitel 2 und 3 wird auf die Kantonsparlamente und den Föderalismus als Grundlage für die Zusammenarbeit der Kantone miteinander eingegangen. Im Kapitel 4 werden für jeden Kanton die gesetzlichen und institutionellen Grundlagen für den Einbezug der Parlamente bei interkantonalen Vereinbarungen analysiert, wobei der Fokus auf der praktischen Umsetzung liegt. Im Kapitel 5 werden die interkantonalen Legislativgremien analysiert. Ein besonders interessanter Abschnitt ist die Analyse der ersten Interkantonalen Legislativkonferenz beim Hochschulkonkordat. Im Kapitel 6 geht der Blick über die Schweizer Grenzen nach Deutschland, Österreich und dem Fürstentum Liechtenstein: wie funktionieren interföderale Verträge bzw. Staatsverträge dort und welche Bedeutung haben sie? Der Vergleich mit den umliegenden deutschsprachigen Ländern und die Erkenntnisse aus den vorangehenden Kapiteln werden im letzten 8. Kapitel nochmals zusammengetragen und einige Politikempfehlungen ausgearbeitet.

Kurzbeschreibung Interkantonale Vereinbarungen (IKV) werden in der Schweiz gerne zur Lösung politischer Probleme eingesetzt. Der Einbezug der Kantonsparlamente bei IKV wird oft als ungenügend kritisiert. Dieses Buch analysiert für alle 26 Kantone, ob und wie der Einbezug der Legislative geregelt ist, und beschreibt (auch grafisch) den Prozess des Einbezugs während der Aushandlung einer IKV. Der Fokus liegt auf der Darstellung der Gesetzgebung in der Theorie und deren tatsächlichen Umsetzung in der Praxis. Verschiedene politisch wichtige und umstrittene IKV werden im Detail auf die Mitwirkung der Legislative untersucht. Eine Umfrage, an der über 380 Mitglieder von Kantonsparlamenten teilnahmen, ergibt einen Gesamtblick, wie die Parlamentarier die kantonale Zusammenarbeit im Allgemeinen und im Fall der besprochenen IKV im Besonderen beurteilen. Ergänzt wird die Analyse durch einen Vergleich mit den an die Schweiz angrenzenden deutschen und österreichischen Bundesländern sowie dem Fürstentum Liechtenstein. Ausgezeichnet mit dem Preis der Schweizerischen Gesellschaft für Parlamentsfragen (SGP)